

Beilage zu Nummer 217 der Volksstimme.

Freitag den 15. September 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 15. September 1916.

Die Ursachen der Gemüse- und Obstteuerung.

In dem letzten erschienenen Geschäftsbericht der Zentralstelle für Obstverwertung für das Jahr 1915 erörtert Herr Geschäftsführer Siebert eingehend die Ursachen der gegenwärtigen Gemüse- und Obstteuerung. Er sagt:

Die allgemeinen Marktverhältnisse liegen schon lange Zeit im ganzen deutschen Reich sehr ungünstig und es scheint mir von Interesse zu sein, Ursache und Wirkung näher zu beleuchten, wie ich das in den Großmärkten, aber auch auf den Märkten der Mittel- und Kleinstädte bei Obst und Gemüse zu beobachten Gelegenheit hatte. Durch das Knappwerden vieler Nahrungsmittel und das damit verbundene Verlangen nach größerem Obst- und Gemüseverbrauch haben naturgemäß Preissteigerungen auf allen Gebieten des Nahrungsmittelmarktes ein, die selbstredend den Obst- und Gemüsemarkt verheerend. Bereits das vergangene Jahr zeigte ganz ähnliche Erscheinungen. Infolge großer Dürre und des Aufstretens allerlei Krankheitserscheinungen und Schädlingen traten Mängel ein, wodurch für lange Zeit ein fühlbarer Mangel an Obst- und Gemüse zu spüren war. Diese unangenehme Lage wurde noch dadurch zeitweilige Ausfuhrverbote neutraler Länder und gerade in den Perioden, wo wir der Einfuhr zahlreicher Lebensmittel am dringendsten bedürftig sind, vor dem Auge des Konsumenten, wodurch die deutschen Erzeugnisse zu den billigsten, die Erzeugungskosten nicht erreichenden Preisen abzugeben gezwungen waren und überall der Ruf nach Schutzmaßnahmen laut wurde, die heimische Frucht in Anbetracht der erhöhten Schutzgebühren nicht mehr leistungsfähig zu machen drohte. Diese Erscheinung gibt uns die Erklärung dafür, daß die Entwicklung heimischer Gemüsebauern vielfach hinter der ausländischen zurückgeblieben und daß das Verhältnis nicht ohne große Opfer eingehalten ist. In der Kriegszeit war nicht sofort, aber allmählich Preissteigerungen ein und diese waren umso knapper, als eine außerordentliche Tätigkeit der Konserverindustrie, die in bisher nie geachteten Dimensionen dauerhafte Erzeugnisse, einsetzte. Wenn es sich hierbei um bereits bestehende Vorrichtungen handelt, die ihren Betrieb entsprechend den seit Kriegsausbruch geänderten Anforderungen erweiterten, dann waren dagegen nichts einzusetzen. Dem gegenüber muß festgestellt werden, daß ungünstige Konserverfabriken und Trockenanlagen ohne wirtschaftliche Notwendigkeit gegründet wurden, die dem Markt große Mengen Frischobst und Frischgemüse, das seinen vollen Wert dem Verbraucher direkt zugeflossen wäre, entzogen wurden und wird heute noch die Anpassung der Erzeugung an den direkten Verbrauch ganz unmöglich.

Der große Bedarf der Bevölkerung und die Deckungslücke der Konserverindustrie treiben die Preise in unerwarteter Weise die Höhe und führten vielfach zur Umgehung der Höchstpreise. Die Konserverindustrie ist flatter Achse und liefert noch kaufmännischen Grundstoffen; sie kann es auch unter Umständen, weil ihre Schranken gesetzt sind, sie kann ihre Waren aber an den Mann bringen, das Bedürfnis, besonders der Militärverwaltung ist zweifellos vorhanden und zwar in umso höherem Maße, als der Frischverbrauch und das häusliche Konsumieren durch enorm hohen Preise in vielen Haushaltungen zur Unmöglichkeit gemacht werden. Und das ist sehr zu bedauern, denn wir brauchen für unsere Ernährung diese wichtigen Frischerzeugnisse, auf sie besonders hingewiesen, als andere Nahrungsmittel, auch die Stoffe, immer knapper wurden und mehr wie je werden sie nunmehr den Märkten und jedem Haushalt entzogen. Wir erleben hier Ähnliches, wie bei den Fleischkonsumen, und es ist dringend anzurufen, hier Wandel zu schaffen, wie es das Volksinteresse beansprucht.

Zur Behebung all dieser Uebelstände macht Herr Siebert den Vorschlag, daß einfach mehr produziert werden muß, wenn den Anforderungen, die der Einzelne und die Gesamtheit im täglichen Leben stellen, entsprochen werden soll. Darin liegt meines Erachtens der Schwerpunkt. Denn was nützen alle Verordnungen, wenn von Höchstpreisen in einzelnen Gebieten und schließlich die Preisbegrenzung der Staatseinkäufe im deutschen Reich, es es überhaupt an den wichtigsten Nahrungsmitteln fehlt.

Als Vorbild für die Erzeugung von Nahrungsmitteln bemerkt Herr Siebert Holland mit seinen kaufmännischen Organisationen und seinen Anstalten auf diesen Spezialgebieten; denn eine Warenherstellung will zweckmäßige Abkühlung, Lager- und Kleinhandel und diese sehen wieder marktorientiert. Die Warenherstellung ist ausgerüstet, was sie für den Markt und den weit mehr herangebildeten werden sollten. Das sind die wichtigsten Dinge, die mit der Volksernährung im engsten Zusammenhang stehen und mindestens so wertvoll sind, wie die Ware selbst, weil sie den Grundbaustein eines jeden geordneten Betriebs bilden und nur dann einen Erfolg versprechen, wenn sach- und fachkundige Männer an die Spitze gestellt werden.

Aus diesen Darlegungen geht klar hervor, daß die hohen Preise auf den Märkten im Groß- und Kleinhandel eigentlich nur zurückzuführen sind, daß Angebot und Nachfrage in einem ungleichen Verhältnis zu einander stehen. Die Produktion nicht gleichen Schritts halten können mit dem enorm gesteigerten Bedarf der letzten Jahre. Die Vorratshaltung der südlichen Bundesstaaten, die zu spät festgelegt und dann oftmals durch Zwischeneinkäufe abgeänderte Höchstpreise und die Verlagerung der Einfuhr beeinflussen die Marktlage höchst ungünstig. Die Höchstpreise festgelegt werden, so muß das auf Grund der vorausgesetzlichen Entgegenwirkung gesehen und zwar rechtzeitig, bevor der Handel auf freien Märkten einsetzt, kann, aber nicht nur einzelstaatlich, sondern von Reich und Land und sowohl für Erzeuger, wie für Händler. Sehr richtig!

Residenz-Theater. In neuer Einstudierung gelangt am Sonntag und Sonntag Suedermanns packendes Schauspiel „Hinter den Stein“ zur Aufführung. Beide Vorstellungen beginnen um 1/8 Uhr.

Sammeln von Bucheckern. Der Bundesrat beschloß in seiner Sitzung eine Verordnung über Bucheckern, nach der alle Sammler von Bucheckern an den Kriegsausgleich für pflanzliche und tierische Teile und Teile oder an die von ihnen bestimmten Stellen einen angemessenen Preis zu liefern sind. Um die Sammler in allen Kreisen der Bevölkerung anzuregen, sind nicht nur besondere Zusammenkünfte von Bucheckern zur Gewinnung der einen Sammlern zugesichert, sondern die Landeszentralbehörden sind auch verpflichtet, auf etwa ein Viertel des Gelezes, das aus den ihren Gebieten abgeernteten Bucheckern gewonnen wird.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Diebich, 14. Sept. (Kartellbericht.) In der Kartellung am Mittwoch erstattete zunächst Genosse Süßlich den Bericht über die Ferienbozergänge. An 5 Ausfahrten nahmen 2664 Kinder und im Durchschnitt 25 Frauen

als Helferinnen teil. Die Ausgaben betrugen 324,92 Mark. Mit dem Verlauf war man voll auf zufrieden. Hierauf wurde Stellung zur örtlichen Lebensmittel-Versorgung und -Organisation genommen. Genosse Süßlichmann ist der Auffassung, daß in der letzten Stadtverordnetenversammlung manches Ungewollte gesagt wurde. Der Oberbürgermeister führte z. B. aus, daß die Stadt mit der Lebensmittelverteilung bis jetzt noch ein gutes Geschäft gemacht habe, was seine Zahlen, die er anführte, auch bewiesen. Es muß in den maßgebenden Körperschaften von unseren Vertretern verlangt werden, daß die Stadtverwaltung nicht berechtigt ist, solche Geschäfte zu machen. Weiter sprach Süßlichmann seine Verwunderung aus über die Ansicht des Stadtverordnetenbesprechenden Dr. Kalle, der demnächst eine Sitzung einberufen will, worin der Magistrat Aufschluß über den Geschäftsgang der Lebensmittel-Verteilung und -Organisation geben soll, aber unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das steht im Widerspruch mit seiner Einführungssatzung. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu wissen, wie die Verwaltung arbeitet. Gerade in dieser Sitzung vermehren wir unsere Genossen. Genosse Scheffler als Mitglied der Preisprüfungsstelle ging auf alle Anregungen ein und gab, soweit ihm keine Schweigepflicht auferlegt ist, Aufschluß über alle einschlägigen Fragen. Er bedauert, daß es bisher nicht möglich war, eine Verbindung mit der Preisprüfungsstelle in Mainz herzustellen, um dadurch auf die Preisgestaltung der Lebensmittel Einfluss zu erreichen. Auch Genosse Scheffler meinte, solche Fragen müßten in öffentlicher Sitzung besprochen werden, und verweist dabei auf Frankfurt, wo der Magistrat den Stadtverordneten eine Denkschrift in der Lebensmittelverteilung vorgelegt hat, somit ist es auch der Presse möglich, berechnete Kritik zu üben. Die Vertreter der Gewerkschaften erwarten demnächst daselbst von der Diebich Stadtverwaltung. Genosse Kapp wünscht einen anderen Modus bei der Preisverteilung. Er schlägt das Nummern- oder Abnahmestystem vor. Der Vertreter in der Preisprüfungsstelle soll dafür eintreten, daß den Einwohnern gute, ausgeleierte Speisefarbstoffe geliefert werden. An der weiteren Aussprache beteiligten sich noch die Genossen Jakobs und Brüdemann. Das Kartell beschloß, der Vorstand soll mit dem Frankfurter Kartell in Verbindung treten, damit von dort aus eine Konferenz sämtlicher Preisprüfungsstellen in unserem Wirtschaftsgebiet einberufen wird. (Sozialdemokratischer Wahlverein.) Am Samstag, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Kaiser Adolf“. Tagesordnung: Bericht von der Kreisvertrauensmännerkonferenz.

Rüdesheim, 14. Sept. (Selbstversorgung.) Der Kommunalverband des Rheingaukreises hat auch in diesem Wirtschaftsjahre wieder die Selbstversorgung seiner Einwohner mit Brotgetreide übernommen, nachdem man im vergangenen Jahre damit gute Erfahrungen gemacht hatte, und die einheimischen, leistungsfähigen Mühlen mit der Vermahlung beauftragt. Da die Getreideproduktion im Rheingaukreise nur gering ist und bei weitem nicht für das ganze Jahr ausreichen würde, ist das im letzten Jahre mit dem Unteramtskreise getroffene Abkommen, wonach dieser Kreis das überschüssige Getreide an den Rheingaukreis abgibt, für das neue Wirtschaftsjahr wieder erneuert worden.

Aus den umliegenden Kreisen.

Kettenhandel!

Aus Unterliederbach wird uns geschrieben: In den letzten Monaten hat man sehr viel von Kettenhandel gehört und mancher hat nicht gewußt, was eigentlich darunter zu verstehen ist. Wenn eine Ware schon in Friedenszeiten vielfach eine ganze Reihe Stationen vom Produzenten bis zum Konsumenten durchwandert hat und dadurch ungebührlich verteuert worden ist, so fehlt im Kriege noch viel mehr. Spekulation, oft recht gewissenlos, Elemente haben wichtige Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter in Masse aufgekauft und schnell mit dem notwendigen Profit an andere „Interessenten“ weiterverkauft. Reist kommen die Waren gar nicht in die Hände der Konsumenten, sondern werden nur von Telefon zu Telefon verhandelt, jeder schlägt einen ziemlich hohen Gewinn darauf, und wenn die Ware endlich der Konsument bekommt, ist sie sehr teuer und achtsach so teuer, als sie vom Produzenten abgegangen ist.

Es ist nun kein direkter Kettenhandel, den wir heute kritisieren wollen, aber eine nicht minder unpraktische, volkswirtschaftsschädliche Einrichtung, die sogar von Behörden selbst geschaffen ist. Wir meinen die Organisation der Fleischversorgung im Kreise Höchst. Betrachten wir uns einmal die Kette von Stationen, welche dieses wichtige Nahrungsmittel durchlaufen hat:

1. der Landwirt als Produzent;
2. der Viehhändler, welcher von diesem das Vieh kauft und es
3. an den Viehhändlerverband abgibt. Dieser schickt seine Abgesandten nach Höchst, schlägt seine und die nicht zu geringen Spesen der Viehhändler drauf, und nun geht es
4. an den Lieferungsverband. Der Herr Verband und der Herr Kreisfiskus machen nicht gern in solchen, nicht besonders reinlichen Geschäften. Sie werden nun
5. der Viehzentrale übergeben, diese weist das Vieh
6. nunmehr an die Gemeinden, von diesen gelangt es zum Verkauf
7. an die Metzger, und wenn sich nicht noch der Gast- oder Speisewirt dazwischen schiebt, kommt das Fleisch dann glücklich
8. an die Konsumenten.

Wir wollen nun nicht behaupten, daß auf allen diesen Stationen Profit gemacht wird, beim Landrat und den Gemeinden dürfte dies wohl ausgeschlossen sein. Die Kohn, die Strauß, die Rosenthal, Wumenthal usw., die sich bei diesem wichtigen Prozeß als durchaus unabhängig erweisen, diese sind sicher nicht ehrenamtlich tätig. Aber ganz abgesehen davon, bedeutet einmal dieser umständliche Verteilungsmodus eine solche Verschwendung von Zeit und Arbeitskraft, zum anderen durch die vielen Spesen und Verzögerungen der verschiedenen Interessenten eine ganz erhebliche

Ob uns die Reichsfleischkarte auf diesem Gebiet eine Besserung bringen wird?

Kriegsunterstützungsdebatte im hessischen Landtag.

In der zweiten Kammer des hessischen Landtages fand gestern eine Erörterung über die Frage der Kriegsunterstützung statt. Die Kriegsteilnehmerfamilien hatten, Abg. Adellung hatte beantragt, den Lieferungsverbänden und Gemeinden, die den Familien der zum Militärdienst einberufenen Mannschaften eine über die gesetzliche Mindestunterstützung hinausgehende Unterstützung gewähren, ist aus staatlichen Mitteln eine Nachvergütung zu leisten, die der Hälfte der besonderen Aufwendungen beträgt.

Abg. Calman (natl.) begründete in längeren Ausführungen folgenden Antrag: Die hessischen Lieferungsverbände und Gemeinden, die den Familien der im Heere lebenden Mannschaften auf Grund der Reichsgesetze vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 nebst Änderungsbestimmungen eine Mehrleistung über die berechnete gesetzliche Mindestunterstützung gewähren, haben Anspruch auf staatlichen Zuschuß. Der staatliche Zuschuß ist so zu bemessen, daß den Lieferungsverbänden und Gemeinden aus Staatsmitteln die Hälfte der seit dem 1. Januar 1916 entstandenen, aus Reichsmitteln nicht gedeckten Aufwendungen ersetzt wird.

Abg. Eigner (Soz.) führte aus, daß die Sozialdemokraten sich im Prinzip dem Vordränger anschließen könnten. Bis zur Behebung der Bedürftigkeit soll die Unterstützung gewährt werden. Leider hat der hessische Staat unterlassen, seinerseits Zuschüsse bereitzustellen. Daß die Kriegsunterstützung nicht genügt, darüber wird wohl keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Dennoch haben einzelne Kreise keinerlei Zuschüsse zugesprochen; also mußten die einzelnen Gemeinden einbringen. Das ist zum Beispiel im Kreise Darmstadt der Fall. Viele Gemeinden können nun diese Mittel nicht aufbringen. Darum erwacht dem Staat die Pflicht, den größten Teil der Mehrleistungen auf seine Schultern zu nehmen und nur den Gemeinden oder Lieferungsverbänden ein Fünftel der Last zu lassen. Wenn einzelne Kreise dazu kommen, eine Bedürftigkeit nicht anzuerkennen, so kann das nichts ändern an der überhöhten Belastung der anderen Gemeinden. Der Kreis Offenbach gewährt die erhöhte Unterstützung; aber dieser Sachverhalt nicht an die Bedürfnisse in der Stadt Offenbach, die ihrerseits noch Zuschüsse rufen, wenn auch in Naturalien. Dazu kommt nun, daß die Stadt Offenbach etwa 75 Prozent der Kreislasten an und für sich zu tragen hat. Also 75 Prozent jener Kreiszuschüsse fallen auch noch der Stadt zur Last. Das ist doch nicht recht. Da kann ein Ausgleich nur geschaffen werden, wenn die erforderlichen Mittel dem Staat aufgebracht werden. Erst in zweiter Linie werden wir natürlich für den Antrag Calman stimmen.

Finanzminister Dr. Becker: Die Regierung hat das Bedenken, an Unterstützungen teilzunehmen, auf deren Vermehrung ihr keinerlei Einfluss zukommt. Es stimmt auch nicht die Voraussetzung, von der der Vordränger ausgeht, daß allein Hessen bei solchen Zuschüssen absteht. Bayern hat keine allgemeine gleichmäßige Zulage, sondern bemessen nach der Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Ähnlich in Württemberg. Baden gibt allgemeine Zuschüsse an, sondern trägt nur einen Zinsverlust von 200 000 Mark. Für Hessen, das kleiner ist wie Baden, würde das 400 000 Mark ausmachen. Oldenburg gibt nichts. Meiner Ansicht, daß im Gegenteil die Gemeinden viel günstiger dastehen als der Staat. Man erhebt jetzt 127 Prozent. Alle Gemeinden, die weniger als diesen Satz erheben, wären also wohl in der Lage, sich doch darunter Gemeinden, die nur 60-70 Prozent Steuerzuschlag erheben. Wenn man ganz maßlos allen Gemeinden vier Fünftel vergüten würde, so wäre die Folge, daß viele Gemeinden an solchen Zuschüssen durch Steuererhöhungen teilnehmen müßten, obwohl sie jene Zuschüsse gar nicht annehmen. Wenn man in der Sache etwas erreichen will, so müßte man den Weg beschreiten, nur die Gemeinden zu unterstützen, die sehr hohe Steuerzuschläge heute schon haben.

Abgeordneter Adellung (Soz.): Die Behauptung, daß der Staat nicht so leistungsfähig sei wie zahlreiche Gemeinden, die weit ausgereicherte Steuerzuschläge erheben, kann doch so nicht behauptet werden. Was beweist denn das, daß Gemeinden mit so niedrigen Steuerzuschlägen da sind, wie sie der Minister erwähnte. Ich vermute, daß gerade diese Gemeinden an Unterstützungen für Kriegsteilnehmerfamilien überhaupt nichts zahlen. (Sehr richtig!) Will man die ganze Frage auf eine klare Formel bringen, so dreht es sich doch hier nur darum, daß diese Zahlen nicht von wenigen Gemeinden allein getragen werden, die ihre patriotische Pflicht tun, sondern daß die Lasten nach Maßgabe des Vermögens auf alle Schultern gelegt werden. Es soll verheißt werden, daß einzelne Gemeinden und Verbände so hart bluten, während andere völlig ungeschoren bleiben. Wenn Sie unseren Antrag annehmen, so würde die Steuer, die gewiß nicht niedrig ist, immer nur auf weitere Schultern gelegt, nicht aber als Ausgabe etwas neuveranschlagt.

Abgeordneter Calman (natl.): Lassen wollen wir sehen! Sollte die Regierung im Ausblick stehen, daß sie nicht abgeneigt ist, etwas zu tun so wäre darüber zu reden gewesen, denn wir verstehen uns nicht auf den Wortlaut unseres Antrages.

Finanzminister Dr. Becker: Die ganze Sache ist heute nicht sprachlos. Wenn der Krieg zu Ende ist, werden wir erst erkennen können, wer die größten Aufgaben zu erfüllen hat und wer der Leistungsfähigere geblieben ist, der Staat oder die Verbände.

Abgeordneter Ulrich (Soz.): Im wesentlichen kommt es doch für uns mit unserem Antrag darauf an, daß diejenigen, die wenig oder gar keine Gemeindesteuern haben, mittragen sollen an dem, was andere Gemeinden leisten müssen in Erfüllung sozialer Pflichten. Nun zeigt die Regierung einen neuen Weg. Wenn Gemeinden, die einen Steuerzuschlag von über 100 Prozent haben, von der neuen Belastung frei bleiben, dagegen aber die unter 100 Prozent an jenen Zuschüssen teilnehmen sollen. Dieser Weg wäre mir durchaus sympathisch. Es wäre zu erwägen, ob wir nicht die Entlastung heute ausgeben und die Sache an den Finanzausschuß zur nachmaligen Prüfung zurückverweisen. Die Sache ist noch nicht sprachlos, wenn ich überlege, welche Möglichkeiten die Regierungsmehrheit bietet. Die Möglichkeit, recht viel für die besonders interessierten Gemeinden herauszugeben, veranlaßt mich zu diesem geschäftsmäßigsten Vorschlag.

Auf Antrag Adellung-Dr. Becker wurde die Sache an den Ausschuss zurückverwiesen zur nachmaligen Verhandlung mit der Regierung.

Sanau, 15. Sept. (Aus der Preisprüfungsstelle.)

In der gestrigen Sitzung der Preisprüfungsstelle fand zunächst eine eingehende Aussprache statt über den städtischen Verkauf von Zweifeln in der Markthalle. Durch die ungenügende Organisation haben sich leider eine große Anzahl unliebsamer Szenen abgespielt. Seit morgens 1/5 Uhr hatten die Frauen schon Posten gefockt. Als nun um 8 Uhr mit dem Verkauf begonnen wurde, war natürlich das Gedränge außerordentlich stark. Kinder und Frauen kamen zu Fall, die Polizei hatte ihre liebe Not, um Ordnung zu halten. Bei so starker Nachfrage muß die Sache doch besser organisiert werden. Es müßten im voraus Gutscheine ausgeteilt werden, so daß die Frauen bloß von den Verkäufern die Ware in Empfang zu nehmen brauchen. Das hat sich auch in anderen Städten sehr gut bewährt. Auch würden wir einer Dezentralisation des Verkaufes das Wort reden, damit solche unangenehme Vorgänge sich nicht wiederholen. Die in der Aussprache gegebenen Anregungen sollen Berücksichtigung finden. Verkauf wurden 140 Zentner Zweifeln, und wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß die Stadt jetzt ständig Zweifeln in der Markthalle zum Verkauf bringt, so daß es wirklich nicht nötig ist, daß die Leute sich schon um 1/5 Uhr morgens dort einfänden. Auf dem Wochenmarkt soll fortan eine Kontrolle der dort zum Verkauf gelangenden Pilze stattfinden. Ge-

nehmung fand noch eine Anzahl Anträge bezüglich des Handels mit Lebensmitteln. Bei einigen Anträgen sollen zunächst noch Erhebungen vorgenommen werden. Eine Anzahl Strafenentwürfe wurde an die Staatsanwaltschaft weitergegeben, wurde doch für das Pfund Zwetschen 35, 40 und 70 Pfennig von dem Publikum genommen. Dasselbe gilt auch von Äpfeln und Birnen. Eine lebhafteste Debatte entwickelte sich noch über die in unserer Stadt herrschende Zuckernot. Auch in dieser Beziehung sollen Vorkehrungen getroffen werden, damit die Bevölkerung für die Folge ständig mit Zucker versorgt wird.

Hannau, 15. Sept. (Eisenbahnverkehr.) In der Nähe der Station Schlüchtern wurde der Pfiffschaffner Heinrich Koll von Hannau von dem D-Zug 208 überfahren und getötet.

Rüdigheim, 14. Sept. (Impfstermine.) Die im Frühjahr aufgehobenen Impfstermine finden jetzt für unsere Gemeinde einschließlich des Gutsbezirks Rüdigheimer Hof am 27. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Gastwirtschaft Ullrich statt. Am gleichen Tage, nachmittags 5 Uhr, findet die Wiederimpfung statt; die Nachschau für die Erst- und Wiederimpfung am 4. Oktober, nachmittags 4 1/2 bis 5 Uhr; die Impfungen für Maribel, Boierbräder Hof und Buterstadt ebenfalls am 27. September bzw. 4. Oktober, nachmittags 5 1/2 bzw. 6 Uhr.

Schlüchtern, 13. Sept. (Obstpreise, die sich hören lassen.) Der Landrat hat bestimmt, daß als Verkaufspreis für Obst aus dem Kreise Schlüchtern höchstens gezahlt werden dürfen: für erbsenartige, gepflückte Zwetschen 10 Mark, geschüttelte 8 Mark, Frühbirnen 1. Sorte 8 Mark, 2. Sorte 6 Mark, Tafelbirnen (Winterbäume) 1. Sorte 12 Mark, 2. Sorte 10 Mark, und Fallobst 5 Mark, für einen Zentner. Für die Vermittlung der Ausfuhr aus dem Kreise in Mengen von über einem Zentner ist die Genehmigung des Landrats erforderlich.

Friedberg, 14. Sept. (Vermögensstatistik.) Das steuerpflichtige Vermögen der 72 Ortschaften des Kreises Friedberg wurde für das Rechnungsjahr 1918 auf 528 884 500 Mark festgesetzt. Ueber mehr als 10 Millionen Mark Vermögen besitzen fünf Ortschaften, nämlich Bad Nauheim 108 144 900 Mark, Friedberg 74 109 000 Mark, Büdingen 26 077 600 Mark, Wilsb. 19 500 000 Mark und Rodheim 11 114 600 Mark. Weniger als eine Million Mark Vermögen weisen nur fünf Gemeinden auf: Bodenroth, Hausen, Raibach, Ströhlheim und Oes.

Gibingen, 14. Sept. (In geistiger Umnachtung.) Die Ehefrau B. verfiel in einem Anfall von Geistesstörung ihrem schlafenden Manne mehrere Weibliche auf den Kopf. Der Mann trug schwere Verletzungen davon. Auch die Kinder wollten sie überfallen, doch gelang ihr dies nicht. Der Sohn der Familie ist vor einiger Zeit gefallen und seit dieser Zeit hatte die Frau unter Geistesstörungen zu leiden. Sie ist seit ihrer Tat verschwunden.

Hebrun, 15. Sept. (Unerhörte Rücksichtslosigkeit gegen eine Kriegerfamilie.) Mehrere Randstürmer haben das „Offenbacher Abendblatt“ erlucht, folgendes zur gerechten Beurteilung der Öffentlichkeit bekannt zu geben: Der Familie eines hiesigen Kriegsteilnehmers, der zurzeit auf einem Arbeitskommando ist, wurde letzter Tage morgens die Wohnung gerichtlich geräumt. Die Familie, bestehend aus 6 kleinen Kindern im Alter von 2 bis 10 Jahren — eines ist erst aus der Lungenheilstätte zurückgekommen — und der Frau, die in wenigen Wochen ihrer Niederkunft entgegenfieht, sind ohne jegliche Unterkunft. Mitleidige Menschen gewähren der bedauernswerten Familie Unterkunft für die Nacht. Am vorigen Sonntagabend sind die Sachverständigen der Familie in die Gemeindefeuer geschickt worden. Erwähnt soll noch werden, daß die betreffende Familie stets ihren Verpflichtungen in jeder Hinsicht nachgekommen ist, auch keine rückständige Mietschuld vorhanden ist. Es ist dies die zweite Familie, die der liebenswürdige Hausherr so behandelt, der nebenbei der erste Kirchgänger im Orte ist. Alle Bemühungen bei den Behörden waren bis jetzt erfolglos. Ein großer Teil der hiesigen Bevölkerung ist über dieses Vorkommnis geradezu empört. Hoffentlich tragen diese Begebenheiten, daß da etwas geschehen muß. Auch hat der Vater der Familie seine vorgesetzte Militärbehörde von der Lage seiner Familie in Kenntnis gesetzt.

Rüdesheim (Rheinheffen), 13. Sept. (Aus Angst vor der Operation) in den Tod gegangen ist gestern die in den 40er Jahren stehende Frau eines hiesigen Landwirts. Die seit längerer Zeit kränkelnde Frau sollte sich gestern einer notwendigen Operation unterziehen, nachdem sie schon früher wegen desselben Leidens operiert worden war. Sie fürchtete sich jedoch davor, daß sie sich kurz vorher die Pulsadern durchschneidet. Ehe Hilfe kam, hatte sich die Arterie verblutet.

Soarbrücken, 14. Sept. (Zur Ernährungsfrage.) Nach der vom wirtschaftsstatistischen Bureau Calwers herausgegebenen Monatsübersicht beliefen sich die Kosten für die Ernährung einer vierköpfigen Familie in Soarbrücken pro Woche nach den amtlichen Notierungen auf 53,49 Mark, nach den Angaben aus Konsumentenkreisen auf 63,54 Mark. Man wird ungefähr das Richtige haben, wenn man die Differenz noch einmal mit zwei teilt. Dann ergibt sich die Ziffer von 53,51 Mark gegen 55,77 Mark im Juni. Im Juli 1915 war in Soarbrücken der Betrag von 38,19 Mark notwendig, um eine Familie von 4 Köpfen eine Woche hindurch mit Nahrungsmitteln zu versehen. Es muß also heute eine Familie (immer 4 Köpfe gerechnet) reichlich 20 Mark pro Woche allein für Nahrung mehr ausgeben, als im Vorjahre. Der Reichsdurchschnitt liegt auf 53,47 Mark im Juli und wird von Soarbrücken mit seinen 53,51 Mark um 5,04 Mark überschritten. (Von 200 in die Berichterstattung einbezogenen Städten ist der Lebensunterhalt am billigsten in Konstanz (Baden) mit 41,38 Mark.) In dieser Summe sind die für Miete, Kleidung usw. notwendigen Ausgaben noch nicht mit eingerechnet, die ebenfalls durch den Krieg heute wesentlich teurer sind, als in Friedenszeiten. Es gibt nun freilich keine Arbeiterfamilie für ihre Nahrungsmittel wöchentlich 53,51 Mark aus, denn soviel Einkommen hat sie nicht. Sie müßte es aber ausgeben, wenn sie sich so ernähren wollte, wie die deutschen Marineoldaten ernährt werden. So richtig der Grundsatz auch ist, daß ein Bedarfgebiet wie das hiesige vor allen Dingen sehen muß, überhaupt Lebensmittel bereinzubekommen, muß es aber gleichzeitig eine nicht weniger große Sorge der Stadt sein, die Preise der Lebensmittel nicht ins Unerträgliche klettern zu lassen.

Aus Frankfurt a. M.

Sozialdemokratischer Verein Bodenheim.

Eine Vertreterkonferenz des Kreises Hannau hat die Beteiligung an der vom Parteivorstand angeregten Friedensaktion abgelehnt. Die für Bodenheim geplante Friedenskundgebung heißt deshalb auf Schwierigkeiten, sie findet nicht statt. Der Bodenheimer Partei- und Gewerkschaftsfreunde, ihren Frauen und Töchtern, insbesondere den Frauen der Kriegsteilnehmer, empfehlen wir jedoch dringend, die Friedenskundgebung am 1. Oktober im Ostpark in Frankfurt zu besuchen. Dort sind bei den bekannten Genossen zu haben.

len wir jedoch dringend, die Friedenskundgebung am 1. Oktober im Ostpark in Frankfurt zu besuchen. Dort sind bei den bekannten Genossen zu haben.

Die Sammlung von Unterschriften für die Friedenspetition wird durch den Beschluß des Kreises nicht berührt. Sie erfolgt in Bodenheim von Haus zu Haus. Es ist unbedingt notwendig, daß die Bodenheimer Arbeiterklasse ihre Friedensentscheidung einhellig zum Ausdruck bringt.

Der Vorstand, J. K. W. Zander.

Ernährung von Zuckerkranken. Wie die „Frankfurter Arbeiter-Korrespondenz“ mitteilt, hatte das Lebensmittelamt Vorschläge des Kreislichen Vereins erbeten zur Regelung der besonderen Ernährung der Zuckerkranken. Die Ernährungsformalmission des Vereins hat unter Zuziehung von Stadt- und Kreisärzten eine Resolution ausgearbeitet, die in der letzten Vereinsversammlung angenommen wurde. Sie lautet:

1. Eine Fleischzulage für Zuckerkranken ist dringend erforderlich wegen der Sonderstellung der Zuckerkranken in ihrer gesamten Ernährungsart. Die Kommission würde bei keiner anderen Krankheit eine Fleischzulage befürworten.

2. Die Preisprüfungsstelle soll erlucht werden, die an Zuckerkranken zu gewöhnlicher Fleischmenge auf das vierfache der normalen Menge zu erhöhen, mit der Beschränkung, daß das Maximum fünf hundert Gramm in der Woche betragen soll, auch für den Fall, daß eine der übrigen Bevölkerung die zur Verfügung gestellte Fleischmenge auf mehr als zurzeit festgestellt ist, steigen sollte.

3. Die Preisprüfungsstelle soll erlucht werden, die Gemahlung von 10 Eiern, 500 Gramm Butter, 300 Gramm Rahm für Zuckerkranken weiterhin aufrecht zu erhalten, da es im Hinblick auf die Stoffwechselverhältnisse bei Zuckerkranken unmöglich ist, das eine oder andere fallen zu lassen, weil anderes gewährt wird.

Prof. v. Koorden teilt mit, daß er auf eine Anfrage beim Lebensmittelamt die Auskunft erhalten habe, daß die 1/2 Liter Milch, als Höchstmenge 500 Gramm Butter und 250 Gramm Fleisch, deren besondere Verordnung für Kranke im allgemeinen und für Zuckerkranken im besonderen vorgesehen ist, Zusatzmengen für die Woche sind, jedoch sie über das jedem Verbraucher zustehende Maß hinaus beantragt werden dürfen.

Vorgeldloser Verkehr. Zwecks Förderung des vorgeldlosen Verkehrs hatte die Handelskammer Frankfurt a. M. Mittwoch nachmittag zu einer Beratung im großen Sitzungssaal der Handelskammer eingeladen. Anwesend waren Vertreter aller hier ansehnlichen staatlichen Behörden, sämtlicher Bankinstitute, der Genossenschaften, des Handelsvereins, der Anwaltschaft und der Kaufmannschaft. Direktor Rals und Justizrat Dr. Winterwerth waren als Referenten erschienen. Direktor Rals führte anhand statistischen Materials in einer längeren Rede aus, daß die Einführung des vorgeldlosen Verkehrs eine sich aus den Verhältnissen ergebende Notwendigkeit sei. Der Rotenulau sei bedeutend gestiegen und eine weitere Notendruckung durch Geld nicht zu erwarten. Die Ursache erklärte er mit dem Umstand, daß vielleicht die Geschäftskreise zu hohe Kassensätze hielten; insbesondere glaubt er auch, daß wegen unfinniger Befürchtungen von der Landesregierung große Geldmengen verbrannt worden sind. Eine Änderung der bestehenden Zustände sei nur durch die Einschränkung des Rotenulau und Einführung des vorgeldlosen Verkehrs herbeizuführen. Es soll deshalb in den nächsten Tagen ein allgemeiner Austausch mit Aufklärungen über den vorgeldlosen Verkehr veröffentlicht werden.

Antlicher Marktbericht. Die Gemüsefuhr war heute ausreichend. Starke Nachfrage, lebhafter Verkauf. Das anhaltend kalte und nasse Wetter hält die Entwicklung zurück. Heimische grüne Bohnen gehen langsam zu Ende. Einmaderguten noch genügend am Markt aber wenig gefragt. Blumenkohl und Spinal sehr gesucht. Nach Zwiebeln erhöhte Nachfrage. Obstfuhr sehr schwach, außer Pfirsiche, 3-4 Waggons Zwetschen wurden schnell verkauft. Angebot wird in Güte und Menge langsam besser. Nachfrage nach Birnen lebhaft, nach Zwetschen sehr stark. Äpfel weniger gefragt. An den städtischen Verkaufsstellen, Markthalle IV (Vorneplatz) und Rainzer Landstraße 103 werden verkauft: Das Pfund Weichtrout 8 Pfennig, Birkling 11 Pfennig, ausländisches Rohlachs 14 Pfennig, Zwickeln 15 Pfennig, Kochäpfel 20 Pfennig, Zwetschen 18 Pfennig, Trauben 65 Pfennig.

Verschiebung des Kelterobstmarktes. Das Lebensmittelamt teilt mit: Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat neuerdings das Kellern von Äpfeln in Gewerbetrieben bis zum 1. Oktober dieses Jahres weiter verboten. Der Beginn des diesjährigen Kelterobstmarktes im Osthafengebiet Ingestraße wird deshalb für Röhren und Waggonsladungen auf den 30. September d. J. (hat 18.-25. September 1918) verlegt.

Gekohlene Schreibmaschinen. Am 8. September wurden, wie der Polizeibericht meldet, aus dem Bureau der Kriegsbeschäftigtenfürsorge, Bleichstraße 18, zwei Schreibmaschinen, Modell Nr. 7, Nr. 126995 und Nr. 137008 und eine Maschine Commercial Nr. 5828 gestohlen. Vor Ankauf wird gewarnt.

Sportliche Veranstaltungen.

Arbeiter-Turnerbund, 9. Kreis, 2. Bezirk. Sonntag den 17. September findet das Bezirkswettbewerbsturnen auf dem Turnplatz der Freien Turnerschaft Bodenheim statt. Bei ungünstiger Witterung in der Turnhalle Kalkstraße 73. Nach dem Turnen Zusammenkunft bei Gen. Juli, Schwäbischer Straße. Dasselbst Bekanntheit der Resultate. Beginn des Turnens 1/2 Uhr nachmittags. Jeder Verein muß seine Kampfriehter mitbringen.

Feldpost.

Musik. Friedr. Braun. Zeitung nach Eingang des Betrages von 2,55 Mark bis 12. Nov. 1918 bezahlt. Gebr. Vöttger. Abonnement ist bis 31. Oktober 1918 bezahlt R. 2. 106. 2,55 Mark haben wir dankend erhalten. Zeitung ist bis 31. August 1918 bezahlt.

Wegen falscher und ungenügender Adresse kamen zurück: Frankenwälder Hof. Braun — Wehrmann Schmeier — Schütz O. Schuler — Ref. Austerer — Grenadier Karl Jäger — Ref. Vol. Schmidt — Miffa. Krämer — Mich. Lutz. Falls Angehörige die genaue Adresse besitzen, bitten wir um deren Angabe. Die Expedition der „Volksstimme“.

Telegramme.

Einberufung des spanischen Parlaments.

Bern, 14. Sept. (W. B. Nichtamtlich.) Der „Progrès“ meldet aus San Sebastian, der König von Spanien habe einen Erlass unterzeichnet, durch den das spanische Parlament zum 27. September einberufen werde. Nach einer Feinerung des Grafen Romanones beweise diese Einberufung, daß in der inneren Politik Spaniens keine Mäßigkeit aufkommen werde, was auch die Rede Mauras deutlich darlege. Der König hat, wie das Blatt weiter meldet, vorgestern nach einander den französischen und den englischen Botschafter zu längerer Unterredung empfangen. Der Gedanke der Bildung eines nationalen Ministerrats sei bereits wieder fallengelassen worden (vgl. dazu die heutige Notiz über „Spanische Verwahrungen“). Red.)

Die neue französische Kriegsanleihe.

Paris, 14. Sept. (W. B. Nichtamtlich.) Der Senat hat den Gesetzentwurf über die neue Anleihe einstimmig angenommen.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Freitag, 15. Sept., 7 Uhr: „Das Mädchen aus der Fremde“. Samstag, 16. Sept., 1/2 8 Uhr (Neu einstudiert): „Stein unter Steinen“. Sonntag, 17. Sept., 1/2 8 Uhr: „Stein unter Steinen“. Montag, 18. Sept., 1/2 8 Uhr: „Wo die Schwaben wohnen...“. Dienstag, 19. Sept., 1/2 8 Uhr: „Das Mädchen aus der Fremde“. Mittwoch, 20. Sept., 1/2 8 Uhr: „Stein unter Steinen“. Donnerstag, 21. Sept., 1/2 8 Uhr: „Herrschafflicher Diener geht“. Freitag, 22. Sept., 1/2 8 Uhr: „Das Mädchen aus der Fremde“. Samstag, 23. Sept., 1/2 8 Uhr: „Was werden die Leute sagen!“

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.

Freitag, 15. Sept.: Geschlossen. Samstag, 16. Sept., 7 1/2 Uhr (Zum ersten Male): „Das Töchterchen“. Ein Singpiel in 3 Akten von Dr. H. M. Witten und Heinz Reichert. Musik nach Franz Schubert für die Bühne bearbeitet von Heinrich Berke. 41. Vorstellung im Samstag-Abend. Große Br. Sonntag, 17. Sept., 7 Uhr: „Das Dreimäderlhaus“. 41. Vorstellung im Sonntag-Abend. Große Br. Montag, 18. Sept., 7 1/2 Uhr: „Tra Diavolo“. Auf Abonn. 8. nach Br. Dienstag, 19. Sept., 7 Uhr: „Oberon“. 42. Vorstellung im Dienstag-Abend. Gemischte Br.

Frankfurter Schauspielhaus.

Freitag, 15. Sept., 6 1/2 Uhr: „Peer Gynt“. 40. Vorstellung im Samstag-Abend. Gemischte Br. Samstag, 16. Sept., 7 1/2 Uhr: „Alt-Frankfurt“. Aufgehob. Abend. Kleine Br. Sonntag, 17. Sept., 6 Uhr: „Peer Gynt“. Auf Abonn. Gem. Br. Montag, 18. Sept., 7 1/2 Uhr: „Die Siebzehnjährigen“. 42. Vorstellung im Montag-Abend. Kleine Br. Dienstag, 19. Sept., 7 1/2 Uhr: „König Heinrich der Vierte“. 42. Teil. 42. Vorstellung im Dienstag-Abend. Kleine Br.

Neues Theater.

Freitag, 15. Sept., 8 Uhr: „Die Schiffbrüchigen“. Auf Abonn. Besond. ermäß. Br. Samstag, 16. Sept., 8 Uhr: „Hilfsarbeiter“. Pöffe mit Gesang in 3 Akten von Rudolf Bernauer und Rudolf Schaner. Musik von Walter Kollo und Willy Breichneider. Abonn. B. Gemischte Br. Sonntag, 17. Sept., 8 1/2 Uhr: „Der Weibsteufler“. Auf Abonn. Besond. ermäß. Br. — 8 Uhr: „Hilfsarbeiter“. Auf Abonn. Gemischte Br. Montag, 18. Sept., 8 Uhr: „Die Schiffbrüchigen“. Auf Abonn. Besond. ermäß. Br.

Freidenker-Verein Wiesbaden (E.V.)

Sonntag den 17. September nachmittags

Familien-Ausflug

nach Wehen, Saalbau Meyer, Wilhelmstr.

Abmarsch Punkt 2 Uhr vom Sedanplatz — Walkmühlengasse — Kesselbachtal oder Bahnfahrt ab Ditzheim 2.35 Uhr resp. 3.07 Uhr. Beteiligung von Gästen erwünscht.

Montag abend im „Vater Rhein“

Wichtige Hauptversammlung.

Ihr eigener Schaden

ist es, wenn Sie bei den teuren Zeiten nicht die Gelegenheiten ergreifen, billig einzukaufen.

Schuhhaus Deuser

Wiesbaden, Bleichstrasse 5 neben Hotel Vater Rhein. 01388

Schuhwarenhäuser.

Großes Lager aller Sorten Schuhwaren in guter Qualität zu billigen Preisen. — Reparaturen gut und billig. Anfertigung nach Mass. — Reparaturen gut und billig.

Bernh. Schnütgen, Wellritzstr. 23.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgebung.

Kommen Sie zu mir, wenn Sie Schuhe brauchen!

Jourdan, Wiesbaden,

Miehlberg, Ecke Schwalbacherstrasse.

Alte Bezugsquelle, solide Schuhwaren zu billigsten Preisen zu kaufen. Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgebung.

Neu aufgenommen:

Billige moderne

Damen-Blusen und Röcke.

Wiesbadener Kleider-Konsum

15 Michelsberg 15 Ecke Coulinstrasse.

Auskunft

über Familienunterstützung: Sozialverträge: Rente: Abschlagszahlungen: Arbeitsvertrag: Militärentgelt: Arbeitsvermittlung: Angehörigenversicherung: Zahlungen: Das Gesetz betreffend den Schutz der in Folge des Krieges in Verhinderung ihrer Rechte verbliebenen Personen: Wochenlohn während des Krieges: Krankenversicherung: Unfallversicherung: Invalidenversicherung und andere Fragen, die das Rechtsverhältnis betreffen.

gibt

in leichtverständlicher, gründerweise die 80 Seiten starke, übersichtlich angeordnete Broschüre

Das Recht während des Krieges

(Neue Auflage.) Preis 40 Hg. — Porto 3 Hg.

Buchhandlung Volksstimme.